

Karl setzt als neue Ministerin auf alte ÖVP-Ideen

Wien (APA) - **Drei Monate nach der Designierung von Johannes Hahn zum EU-Kommissar hat die ÖVP eine Nachfolgerin für den scheidenden Wissenschaftsminister gefunden. Mit ÖAAB-Generalsekretärin Beatrix Karl fiel die Wahl auf eine logische Kandidatin - Karl kommt aus der Steiermark, wo Landtagswahlen stattfinden, und als außerordentliche Professorin für Arbeits-, Sozial- und Europarecht aus einer Universität.**



Die neue Ressortchefin will der "schwierigen Situation" an den Hochschulen und in der Forschung mit "Erneuerung" begegnen. Inhaltlich sprach sich Karl für die Wiedereinführung von Studiengebühren und für Zugangsbeschränkungen aus. Die

derzeitige Quotenregelung für Medizinstudenten, die 75 Prozent der Plätze für Österreicher reserviert, ist für die Juristin "europarechtswidrig". Hier müssten auf europäischer Ebene Änderungen durchgesetzt werden, etwa im Primärrecht. Die größten "Baustellen" sieht sie derzeit in der Umsetzung des Bologna-Modells, das sie prinzipiell begrüßt. An manchen Unis sei "der Fehler begangen worden, keine neuen Studienpläne zu entwickeln und achtsemestrige Diplom- einfach in sechssemestrige Bachelorstudien zu ändern".

Ihre neue Funktion empfindet Karl "nicht als absolutes Himmelfahrtskommando. Wenn ich das so sehen würde hätte ich den Job nicht angenommen." Dass sie für den Posten öffentlich mehrfach abgesagt habe, begründete sie damit, zu diesem Zeitpunkt noch nicht konkret gefragt worden zu sein. Parteichef Pröll bezeichnete sie trotzdem als "absolut erste Wahl, die ich schon seit der Perspektivengruppe in meinem Kopf herumtrage".

Die SPÖ bot Karl eine konstruktive Zusammenarbeit an, FPÖ und BZÖ kritisierten vor allem, dass sich die ÖVP für ihre Entscheidung drei Monate Zeit gelassen hat. Die Grünen warfen Karl "Nibelungentreue gegenüber der ÖVP" vor. In der ÖVP herrschte einhellige Begeisterung über die Wahl Prölls. Von Studentenseite wurde Karl unfreundlich begrüßt: Die Hochschülerschaft (ÖH) will ihr aufgrund der fast 100-tägigen Ministersuche die übliche gleich lange Schonfrist streichen und lädt sie am 3. Februar zur Diskussion ins Audimax der Uni Wien.

Die neue Ressortchefin will der "schwierigen Situation" an den Hochschulen und in der Forschung mit "Erneuerung" begegnen. Inhaltlich sprach sich Karl für die Wiedereinführung von Studiengebühren und für Zugangsbeschränkungen aus. Die derzeitige Quotenregelung für Medizinstudenten, die 75 Prozent der Plätze für Österreicher reserviert, ist für die Juristin "europarechtswidrig". Hier müssten auf europäischer Ebene Änderungen durchgesetzt werden, etwa im Primärrecht. Die größten "Baustellen" sieht sie derzeit in der Umsetzung des Bologna-Modells, das sie prinzipiell begrüßt. An manchen Unis sei "der Fehler begangen worden, keine neuen Studienpläne zu entwickeln und achtsemestrige Diplom- einfach in sechssemestrige Bachelorstudien zu ändern".

Ihre neue Funktion empfindet Karl "nicht als absolutes Himmelfahrtskommando. Wenn ich das so sehen würde hätte ich den Job nicht angenommen." Dass sie für den Posten öffentlich mehrfach abgesagt habe, begründete sie damit, zu diesem Zeitpunkt noch nicht konkret gefragt worden zu sein. Parteichef Pröll bezeichnete sie trotzdem als "absolut erste Wahl, die ich schon seit der Perspektivengruppe in meinem Kopf herumtrage".

Die SPÖ bot Karl eine konstruktive Zusammenarbeit an, FPÖ und BZÖ kritisierten vor allem, dass sich die ÖVP für ihre Entscheidung drei Monate Zeit gelassen hat. Die Grünen warfen Karl "Nibelungentreue gegenüber der ÖVP" vor. In der ÖVP herrschte einhellige Begeisterung über die Wahl Prölls. Von Studentenseite wurde Karl unfreundlich begrüßt: Die Hochschülerschaft (ÖH) will ihr aufgrund der fast 100-tägigen Ministersuche die übliche gleich lange Schonfrist streichen und lädt sie am 3. Februar zur Diskussion ins Audimax der Uni Wien.